



Neue Regierung – neue Chance für den Klimaschutz?

Von Ulrike Simon | 4.10.2021

Eine Studie hält Klimaneutralität bis 2045 für möglich und schlägt ein 50-Punkte-Programm vor. Die Vorschläge wären eine sinnvolle Richtschnur für politisches Handeln, doch die neue Regierung wird ihnen wohl kaum folgen.

Am 1. September 2021 war Klima das aus Sicht von 40 % der Deutschen wichtigste Thema, kein anderes wurde [bei einer Umfrage](#) häufiger genannt, die sicher unter dem Einfluss der Flutkatastrophe 2021 stand, bei der allein in Deutschland mindestens 183 Menschen starben und Schäden von ca. 20 Milliarden US-Dollar entstanden; es war das teuerste Flutereignis in der Geschichte Europas.

Zeitgleich wurde der erste Teil des neuesten [IPCC-Berichts](#) veröffentlicht. Während bisher ein eindeutiger Zusammenhang zwischen extremen

Wetterereignissen und menschengemachtem Klimawandel wissenschaftlich nicht eindeutig hergestellt werden konnte, flossen in diesen Bericht die Ergebnisse der sogenannten „Attributionsforschung“ mit ein: Demnach könne man zwar nach wie vor nicht ein einzelnes (Extrem-)Wetterereignis direkt aus dem Klimawandel ableiten, ist dort zu lesen, aber die Veränderung der Häufigkeit und auch der Intensität für bestimmte Ereignisse wären durchaus zu ermitteln. So steigt „die Häufigkeit von Starkniederschlägen [...] bei 1 Grad Erwärmung auf das 1,3-Fache, bei 2 Grad auf das 1,7-Fache.“

Im April 2021 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass Deutschland die Klimaziele, zu denen es sich mit Ratifizierung des Pariser Klimavertrags verpflichtet hat, mit der bisherigen Klimapolitik nicht einhalten kann. Deshalb hat die Bundesregierung eine Novelle des Klimaschutzgesetzes ausgearbeitet. Diese sieht vor, dass Deutschland bis 2045 treibhausgasneutral wird, das heißt fünf Jahre früher als geplant. Dann sollen nur noch so viele Treibhausgase ausgestoßen werden, wie wieder gebunden werden können.

Gleich in welcher Zusammensetzung steht die neue Bundesregierung vor der Aufgabe, das in der letzten Legislaturperiode beschlossene Klimaschutzgesetz umzusetzen. Doch auf welchen Wählerauftrag kann sie sich dabei berufen?

Das Bundestagswahlergebnis scheint zu zeigen, dass in der deutschen Bevölkerung die Angst vor Veränderung überwiegt:

10,3 % wählten mit der AfD eine Partei, die Klimaschutzmaßnahmen für überflüssig hält, weitere 11,5 % mit der FDP eine Partei, die die Klimaziele erst später als bisher beschlossen erreichen möchte (2050 statt 2045), nur auf den freien Markt setzt und staatliche Maßnahmen, wie etwa Zuschüsse zum Kauf von Elektroautos grundsätzlich ablehnt. Die CDU bekennt sich zu den von ihnen mit beschlossenen Klimazielen, setzt aber ebenfalls vorwiegend auf marktwirtschaftliche Instrumente. Die Wirtschaft hofft wohl mit FDP und CDU darauf, Klimaschutz ohne nennenswerte staatliche Eingriffe erreichen zu können, die aus ihrer Sicht zur Erhöhung der Produktionskosten und Verringerung ihrer Konkurrenzfähigkeit führen würden.

Und viele Arbeitnehmer, die eigentlich wirksame Klimaschutzmaßnahmen wünschten und deswegen zu den Grünen tendierten, befürchteten am Ende wohl doch zu hohe Energiepreise und wollten sich lieber auf die SPD verlassen, die wie die CDU an den beschlossenen Klimazielen festhält aber verspricht, soziale Belange mit zu berücksichtigen. Im Klimakabinett bedeutete das zum Beispiel,

dass die SPD die CO₂-Abgabe aus sozialen Gründen niedrig halten wollte und damit die Klimaschutzwirkung verwässerte, was dann erst im Bundesrat ein wenig nach oben korrigiert wurde.

Warum die Linke, die einerseits für klare Klimaschutzmaßnahmen (sie fordert wie die Grünen Klimaneutralität bis 2035) und andererseits für wirksame Entlastung der niedrigen Einkommenschichten eintritt, in diesem Zusammenhang kaum punkten konnte, und insgesamt herbe Verluste einfuhr, wäre zu analysieren.

Während also einerseits die Notwendigkeit wirksamen und schnellen Handelns klarer denn je ist, lautet der mehrheitliche Wählerauftrag: Wasch mich aber mach mich nicht nass!

Schlechte Nachrichten für den Klimaschutz, es sei denn die neue Koalition erfindet die eierlegende Wollmilchsau.

Ein solches Ergebnis ist keine wirkliche Überraschung. Was Klimaschützer frustriert, ärgert und erstaunt, ist die Tatsache, dass keine Partei einen ernsthaften strategischen Plan zum Erreichen der Klimaziele vorlegt, der unter anderem auch diese Stimmungen berücksichtigt. Die Parteiprogramme lesen sich wie eine Sammlung für „Wünsch-Dir-Was“. (Rühmliche Ausnahme ist die Berliner Klimaliste, die im Mai den beachtenswerten [Klimaplan Berlin](#) publizierte.)

Es ist schon erstaunlich, dass Unternehmen und unternehmerfreundlich ausgerichteten Parteien volkswirtschaftlich auf die unsichtbare Hand des Marktes setzen, während es betriebswirtschaftlich inzwischen ausgeklügelte Konzepte der strategischen Unternehmensplanung gibt, die ganz und gar nicht auf Zufälle vertrauen, und die insbesondere den Ungewissheiten und widrigen Umständen geplant begegnen. Ärgerlich ist es, dass auch die Parteien, die grundsätzlich Fiskalpolitik für wichtig halten, diesbezüglich so wenig vorzuweisen haben.

So sind in der Politik strategische Planungsinstrumente nur rudimentär vorhanden, wie zum Beispiel im Regionalmanagement oder bei [Masterplänen zum Klimaschutz](#). Nur fehlt es bei diesen in der Regel sowohl an der theoretischen Fundierung als auch an wirkungsvollen Kontroll- und Lenkmethoden. Aber wie anders können komplexe, die gesamte Gesellschaft betreffende globale Herausforderungen bewältigt werden?

Das ist nicht nur im Bereich Klimaschutz Thema, und so ist es ein erfreulicher Ansatz, dass die Freiburger Diskurse in Zusammenarbeit mit MAKROSKOP im

Vorfeld der Bundestagswahlen die Broschüre „[Wahlprogramm sucht Partei](#)“ herausgaben, und die Grundlagen für diese Forderungen dazu [im passenden Themenheft ausführlich begründeten](#).

Diese Hefte gehören nach der Wahl keineswegs in die Mülltonne, sondern sind während der Erarbeitung des Regierungsprogramms und in der kommenden Legislaturperiode ein wichtiger Maßstab für die Beurteilung der aktuellen Politik und eine Grundlage für politisches Handeln der Bürger auch in der Zukunft.

Für den Klimaschutz hat [Agora Energiewende](#) für Deutschland entsprechende Szenarien vorgelegt. Im November 2020 wurde mit der Studie [Klimaneutrales Deutschland](#) ein Programm vorgestellt, das zeigt, wie wir „in drei Schritten zu null Treibhausgasen bis 2050 über ein Zwischenziel von -65% im Jahr 2030 als Teil des EU-Green-Deals kommen können.“ Die Herausgeber halten den Pfad für „realistisch, das Ziel [...] innerhalb der üblichen Investitions- und Lebenszyklen sowie unter Wahrung von Wirtschaftlichkeit und gesellschaftlicher Akzeptanz“ für erreichbar.

Im Juni 2021 veröffentlichte *Agora* ein [50-Punkte Programm für die 20. Legislaturperiode](#), mit dessen Hilfe schon im Jahr 2045 Klimaneutralität erreicht werden könne.

Das neue Klimaschutzgesetz verlangt ab 2021 in Verkehr, Gebäude und Industrie Emissionsminderungen von etwa 5 Millionen Tonnen pro Jahr, bei der Energiewirtschaft sind es sogar 17 Millionen Tonnen. Aktuell gehe der Trend jedoch in die falsche Richtung, so *Agora*. Die gesunkenen Emissionen im Jahr 2020 seien nur zu einem geringen Teil auf Klimapolitik zurückzuführen, vielmehr haben die Regelungen des Infektionsschutzgesetzes und die Rezessionseffekte infolge der Corona-Pandemie, niedrige Rohstoffpreise und ein milder Winter entscheidend dazu beigetragen. Tatsächlich sei der Erneuerbaren-Zubau viel zu langsam, profitierten Kohlekraftwerke von den höheren Gaspreisen und die Verkehrs- und Wärmewende kämen nur schleppend voran.

Deswegen schlägt *Agora Energiewende* einer neuen Bundesregierung nun ein 22-Eckpunkte umfassendes [Sofortprogramm](#) vor, das aus dem 50-Punkte Programm die schnell umsetzbaren Änderungen von Gesetzen und Verordnungen in allen Sektoren herausgefiltert hat. Nur mithilfe eines solchen Sofortprogramms in den ersten 100 Tagen der neuen Regierung und dem Inkrafttreten der entsprechenden Beschlüsse schon im Sommer 2022 könnten die richtigen Weichen zum Erreichen von Klimaneutralität im Jahr 2045 gestellt

werden, und es würde für alle beteiligten Akteure Planungs- und Investitionssicherheit hergestellt.

Werde nicht schnell gehandelt, bliebe es dabei, dass Klimarat und Umweltbundesamt jährlich im März die Versäumnisse bei den Vorjahreszielen feststellen.

Der verbleibende Teil der notwendigen 50 Maßnahmen, der mehr Zeitaufwand erfordere, könne dann im Lauf der Legislaturperiode implementiert werden. Insgesamt seien Energiewende, Verkehrswende und Agrarwende gewaltige Aufgaben, die einen breiten Instrumentenmix und eine Vielzahl von Maßnahmen erforderten, deren Umsetzung die gesamte Legislaturperiode beanspruche – zum Teil auch länger, aufgrund der inhaltlichen Komplexität, der notwendigen Vorarbeiten oder der Abstimmung mit Ländern und Stakeholdern.

Zwei grundsätzliche Faktoren seien von Anfang an absolut wesentlich:

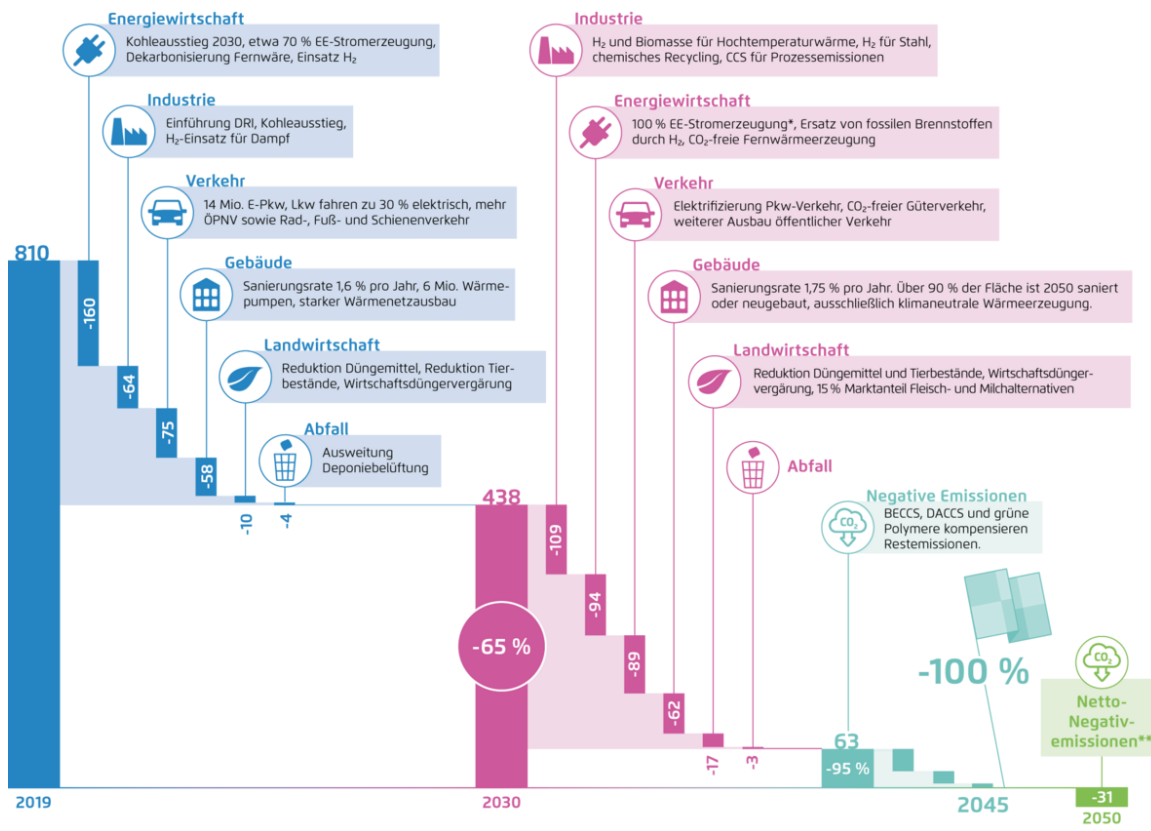
1. Das kommende Jahrzehnt müsse ein Jahrzehnt der Investitionen in klimaneutrale Energieversorgung, Industrieanlagen, Verkehre, Gebäudesanierung und eine Wasserstoffinfrastruktur werden. Dafür seien neben privaten auch umfassende öffentliche Mittel in Höhe von zusätzlichen 30 Milliarden Euro im Jahr notwendig.
2. Der Schlüssel für die Transformationen liege darin, die klimafreundliche Option wirtschaftlich attraktiver als die fossile Alternative zu machen. Dazu gehöre ein sinkender Strompreis bei steigenden CO₂-Preisen, umfassende Förderprogramme für Gebäudesanierung, Preisreize für klimafreundliche Verkehre, Landwirtschaft und Industrie, ein Abbau klimaschädlicher Subventionen und steuerliche Anreize.

Zu den klimapolitischen Instrumenten gehörten außerdem ergänzend die Beschleunigung von Investitionen – besonders bei den Erneuerbaren – und die Setzung ordnungsrechtlicher Standards.

Übersicht über das Szenario Klimaneutral bis 2045

Maßnahmen im Szenario Klimaneutral 2045 (KN2045)
(Treibhausgas-Emissionen in Mio. t CO₂eq)

Abbildung 1



H₂ = Wasserstoff
* inkl. Stromerzeugung aus erneuerbar erzeugtem Wasserstoff, zwischengespeichertem und importiertem erneuerbaren Strom.
** Lediglich Trendfortschreibung nach 2045, weitere Reduktion der Emissionen ist möglich.

Prognos, Öko-Institut, Wuppertal Institut (2021)

Liste der 22 Eckpunkte für die ersten 100 Tage

**Übergreifendes**

- 1 Klima-Haushalt aufstellen und Klimaschutzgesetz reformieren
- 2 EEG-Umlage abschaffen, CO₂-Preis schrittweise anheben
- 3 Fehlinvestitionen vermeiden, Finanzströme nachhaltig ausrichten

**Strom**

- 4 Kohleausstieg 2030, Versorgungssicherheit gewährleisten
- 5 Ausbau der Windenergie an Land verdreifachen
- 6 Ausbau der Offshore-Windenergie beschleunigen
- 7 Solarenergie bis 2030 verdreifachen
- 8 Stromnetz für eine klimaneutrale Stromversorgung ausbauen

**Industrie**

- 9 Industrietransformation durch Klimaschutzverträge absichern
- 10 Wasserstoffstrategie 2.0 zügig verabschieden
- 11 Klimaschutz- und Effizienzinvestitionen in der Industrie fördern

**Verkehr**

- 12 Fiskalische Instrumente an Klimaschutzzielen ausrichten
- 13 Ladeinfrastruktur-Ausbau und Elektrifizierung ÖPNV beschleunigen
- 14 Straßenverkehrsrecht reformieren
- 15 Klimastresstest für Bundesverkehrswegeplan durchführen
- 16 Schiene stärken, Straße dekarbonisieren

**Gebäude**

- 17 Gebäudestandards auf Klimaneutralität 2045 ausrichten
- 18 Förderprogramme aufstocken und auf Klimaneutralität ausrichten
- 19 Soziale Wärmewende für Mieter:innen sicherstellen
- 20 Grüne Fern- und Nahwärme in allen Ballungsgebieten etablieren

**Landwirtschaft**

- 21 Tierbestände abbauen und Nährstoffbilanzen ausgleichen
- 22 Moore wiedervernässen und klimaneutrale Nutzung ermöglichen

Ebenfalls zum Sofortprogramm gehören Vorschläge zu der nach Ansicht der Autoren wünschenswerten Position der Bundesregierung zum [EU-Fit-for-55-Paket](#), „damit Europa insgesamt auf Zielkurs gelangt und sich die Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene sinnvoll ergänzen.“

Ein solches Sofortprogramm für Klimaschutz ist nach Meinung der Autoren machbar, hat es in der Geschichte der Bundespolitik in dieser Form jedoch noch nicht gegeben. Vorbild könne das ähnlich aufgebaute und organisierte „Integrierte Energie- und Klimaprogramm“ der Bundesregierung von 2007 sein. Ende August 2007 wurden 29 Eckpunkte beschlossen, die anschließend binnen 100 Tagen in Gesetze, Verordnungen und Förderprogramme gegossen wurden – rechtzeitig zur Klimakonferenz Anfang Dezember 2007 in Indonesien. Die damals

genutzten Strukturen – unter anderem ein ständig tagender Staatssekretärsausschuss der beteiligten Ministerien – könnten auch dieses Mal wieder aktiviert werden, ebenso wie die Strukturen des Klimakabinetts der letzten Legislaturperiode, damit die erforderlichen Abstimmungen innerhalb der Regierung sowie mit Ländern und Verbänden trotz des engen Zeitplans möglich sind.

Angesichts der erklärten Absichten der für eine Regierungskoalition infrage kommenden Parteien bleibt es leider trotzdem mehr als fraglich, ob die neue Regierung diesen Vorschlägen folgt.